

Lösungsansätze zur Verbesserung der Rohstoff- und Materialversorgung

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier lud am 19.05.2021 Branchenvertreter zu einem Runden Tisch von Handwerk, Bau- und Holzwirtschaft ein, um die angespannte Versorgungssituation von Baumaterialien und Holzprodukten und mögliche Maßnahmen zu diskutieren. Der Deutsche Holzwirtschaftsrat (DHWR) fasst Lösungsansätze zur Verbesserung der inländischen Rohstoff- und Materialversorgung nachfolgend zusammen.

Kurzfristige Maßnahmen

- 1. Das Forstschäden-Ausgleichsgesetz sofort aussetzen**
- 2. Gesetzliche Regelung zur Aussetzung von Konventionalstrafen schaffen**
- 3. Senkenziel im LULUCF-Sektor korrigieren**
- 4. CO₂-Bindung in der Holzverwendung honorieren**
- 5. Stopp der Förderung von Biomassenverbrennung in Kohlekraftwerken**

Mittelfristige Maßnahmen

- 6. Verbesserung der Logistik**
- 7. Förderung von regionalen Wertschöpfungsketten**
- 8. Höhere Förderung von F & E sowie Normung für Holzprodukte**
- 9. Mehrwertsteuerabsenkung für umweltfreundliche Produkte**
- 10. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Bauen mit Holz stärken**

Langfristige Maßnahmen

- 11. Kontrollierten Vorratsabbau von klimawandelgefährdeten Baumarten forcieren**
- 12. Rohstoffsicherung durch Waldumbau mit nachgefragten, klimastabilen Baumarten**

Begründung

Kurzfristige Maßnahmen

1. Das Forstschäden-Ausgleichsgesetz sofort aussetzen

- Das FSchAusglG verschärft die schwierige Versorgungssituation in der Bauwirtschaft.
- Die Verfügbarkeit von frischem Rohholz wird dadurch allein bis September 2021 um bis zu mehreren Millionen Kubikmeter zusätzlich verknappt wird – bei gleichzeitig anhaltend hoher inländische Nachfrage. Bereits jetzt wird über Versorgungsprobleme im Frischholz berichtet.

2. Aussetzung von existenzbedrohenden Konventionalstrafen

- Mit einer gesetzlichen Regelung nach österreichischem Vorbild könnte vor der Gefahr existenzbedrohender **Konventionalstrafen** Abhilfe geschaffen werden. Diese sollte in der gesamten Lieferkette bis zum Endkunden wirksam sein.
- Dadurch würde geregelt, dass der bei laufenden Vertragsverhältnissen in Verzug geratene Schuldner nicht verpflichtet ist, eine vereinbarte Konventionalstrafe zu zahlen, wenn er als Folge der Covid 19-Pandemie entweder in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt ist oder die Leistungen wegen aktueller Beschränkungen nicht erbringen kann.
- Eine solche Regelung würde auch im deutschen Markt für eine deutliche Entspannung der Situation und für eine Vermeidung von unnötigen Rechtsstreitigkeiten in diesem Zusammenhang sorgen.
- Pandemie und unverschuldeter Rohstoffmangel sollten als höhere Gewalt anerkannt werden.

3. Senkenziel im LULUCF-Sektor korrigieren

- Als extrem wichtig erachten wir, das fehlerhafte Senkenziel von 35 Millionen Tonnen CO₂ Einsparung im gesamten LULUCF-Sektor bis 2040 zu korrigieren. Dieses verkennt die Umbaunotwendigkeit der Waldökosysteme und die Bedrohung durch die zunehmenden Waldschäden.
- Stattdessen sollten **Anreize für eine aktive Waldbewirtschaftung**, eine Waldmehrung und die Holzverwendung geschaffen werden.
- Schon jetzt ist der LULUCF-Sektor nach dem Projektionsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen eine CO₂-Quelle!¹
- **Nach den o.g. Zielvorgaben des § 3a des Klimaschutzgesetzes müsste der LULUCF-Sektor bis zum Jahr 2030 also in Summe 45 und bis 2040 55 Millionen Tonnen Treibhausgase kompensieren!**
- Die neue Zielsetzung und Vermengung der Treibhausgasbilanzen von Landwirtschaft sowie Forst- und Holzwirtschaft konterkariert die der Holzwirtschaft und Holzverwendung zugedachte Rolle, einen maßgeblichen Klimaschutzbeitrag zu leisten, wenn man dieser gleichzeitig die Rohstoffbasis entzieht.

¹ Projektionsbericht 2019 für Deutschland gemäß Verordnung (EU) Nr. 525/2013.
<https://www.bmu.de/download/projektionsbericht-der-bundesregierung-2019/>

4. CO₂-Bindung in der Holzverwendung honorieren

- Für eine konsequente Bewertung der CO₂-Produktbilanz sind die Einbeziehung von Lieferwegen und Herstellungsprozessen von Materialien unablässig. Lokal und regional eingesetzte Produkte sollten – im Gegensatz zu exportierten – mit einem CO₂-Bonus bewertet werden. Im Rahmen der Bauproduktenverordnung muss zudem als wesentliche Grundanforderung an Bauwerke BWR 7 die „Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen“ für alle EU-Mitgliedstaaten mandatiert und systematisch ausgeführt werden.
- Holzprodukte speichern den Kohlenstoff, den der ursprüngliche Baum als Materiallieferant der Atmosphäre entzogen hat. Sie sind langfristige CO₂-Speicher. Durch den „Substitutionseffekt“, d.h. durch den Austausch anderer CO₂ verursachenden Materialien durch Holzprodukte können mehr CO₂-Emissionen verhindert werden. Dies ist durch wirtschaftliche Anreize zu fördern.

5. Stopp der Förderung von Biomassenverbrennung in Kohlekraftwerken

- Die kontinuierliche und langfristige Versorgung kann bei Übersee-Engpässen innerdeutsche Rohstoffkonkurrenz anheizen.
- Die Kraftwerke können genau die Biomasse einsetzen, welche die holzverarbeitende Industrie nutzt, sprich Durchforstungsholz und Sägenebenprodukte.
- Der zusätzliche Bedarf an Rohstoff steht in Nutzungskonkurrenz zu einem Ausbau der biogenen Produkte – also der stofflichen und kaskadischen Nutzung von Holz.
- Die Quersubventionierung der Kraftwerke bevorteilt deren Wettbewerbsfähigkeit und würde die Rohstoffkonkurrenz verschärfen.

Mittelfristige Maßnahmen

6. Verbesserung der Logistik

- Initiative für mehr Schienentransporte (mehr Güterverladebahnhöfe).
- Förderung des Ausbaus von Nass- und Trockenlagerplätzen für Rohholz; u.a. durch Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung bei Genehmigungen.
- Dauerhafte und bundesweite Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts (zGG) von Rohholz-LKW auf 44 Tonnen.
- Die Erhöhung des zGG ist neben mehr Transport auf der Schiene der Schlüssel für eine zügige Abfuhr von Schadholz und effiziente Verteilung von Rohholz in Deutschland; sie schafft somit Entlastung bei Überangebot und regionaler Verknappung.

7. Förderung von regionalen Wertschöpfungsketten

- Anreize z. B. zum Aufbau von regionalen Kooperationen und Partnerschaften stärkt regionale Wirtschaftsverflechtungen und sichert die Versorgung mit Rohstoffen und Material.

8. Höhere Förderung von F & E sowie Normung für Holzprodukte

- Der Umbau der Wälder zu mehr Misch- und Laubwald führt zu einem erhöhten Anfall an Laubholz, das aktuell zu großen Teilen energetisch genutzt wird. Die F&E-Anstrengungen müssen erhöht werden, um mehr stoffliche Laubholzverwendung zu fördern.
- Die nationalen und europäischen Normen müssen dringend überarbeitet werden, um eine bessere Nutzung von anfallendem Schadholz zu gewährleisten und normative Anforderungen mit den Verwendungserfordernissen neu justieren zu können.

9. Mehrwertsteuerabsenkung für umweltfreundliche Produkte

- Die Verwendung von Holz - auch in Bauprodukten - wäre für den Endverbraucher sofort kostengünstiger und würde Preiserhöhungen abfedern.
- Deutschland und Europa müssen sich vor protektionistischen Ausfuhrbestimmungen und einer subventionierten Nachfrage in Drittstaaten schützen. Den Handel selbst zu beschränken ist sicher nur die zweitbeste Wahl. Bis die Umweltkosten bei allen Materialien und Rohstoffkosten berücksichtigt werden, sollten umweltfreundliche Rohstoffe eine besondere Unterstützung erhalten und deren höhere Nachhaltigkeit Rechnung getragen werden.

10. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Bauen mit Holz

- Die öffentliche Hand sollte beim nachhaltigen Bauen eine Vorreiterstellung einnehmen und umweltfreundlichen Baustoffen den Vorzug geben.

Langfristige Maßnahmen

11. Kontrollierten Vorratsabbau von klimawandelgefährdeten Baumarten forcieren

- Ein Großteil der Holzvorräte, insbesondere der Wirtschaftsbaumart Fichte, ist vom Klimawandel bedroht. Bei Schadereignissen kann dieses Holz unkontrolliert in Mengen anfallen, die zeitweise die Kapazitäten der heimischen Industrie übersteigen. Dies führt einerseits zu einem Preisverfall im Rohholz zulasten der Waldbesitzer. Andererseits fließt dann eine große Menge heimischen Rohstoffes über Exporte ins Ausland ab.
- Deshalb sollten für den Waldbesitzer Anreize geschaffen werden, die ihn anhalten, das erntereife Holz rechtzeitig zu nutzen und den Wald klimastabil umzubauen.

12. Rohstoffsicherung durch Waldumbau mit nachgefragten, klimastabilen Baumarten

- Die Klimaerwärmung schreitet schneller voran, als eine Baumgeneration in Deutschland darauf reagieren kann. Deshalb muss der Wald aktiv mit Baumarten umgebaut werden, die an das mutmaßliche künftige Klima angepasst sind.
- Ein Mischwald ist tendenziell stabiler und anpassungsfähiger. Der Umbau hin zu mehr Mischwäldern ist daher richtig und wichtig.

Position

- Derzeit wird jedoch zu einseitig die Anpflanzung von Laubbaumarten gefördert und die wirtschaftlich bedeutenden Nadelbaumarten vernachlässigt.
- Das erhöht das Risiko einer mangelnden Rohstoffversorgung für die nächste Generation.